

Entlastung schon im Sommer:

Druck u. a. von Opposition, NÖ-Landeshauptfrau, Gewerkschaft. Heute präsentiert Türkis-Grün ein „Geld-zurück-Paket“: Soforthilfe, längerfristige Erleichterungen. Und die Abschaffung der kalten Progression.

Der Druck im Topf war letztlich zu groß. Von Caritas über Opposition bis zur Wirtschaftskammer und Wifo erschallten zuletzt immer lautere Rufe nach einem raschen Handeln, nach Paketen noch vor dem Sommer gegen die schlimmste Teuerung seit Jahrzehnten. Zuletzt hatten ÖGB-Boss Wolfgang Katzián und die nicht minder mächtige NÖ-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) via „Krone“ starke Impulse gesetzt.

Die Rufe wurden erhört: Heute, 8 Uhr Früh, gibt es eine Regierungserklärung zum Entlastungspaket.



EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die Garantie dafür, dass endlich Maßnahmen gegen die Teuerung ergriffen werden, war, dass Hanni Mikl-Leitner das gestern lautstark in der „Krone“ einforderte.

Bombastische 20 Milliarden dürfte es kosten, heißt es aus Verhandlerkreisen. Besonders teuer ist die so oft geforderte Abschaffung der kalten Progression, die von 2026 rückwirkend bis 2021 wirken dürfte. Finanzminister Brunner lässt seit Wochen evaluieren. Bei aktuel-

ler Inflation von 8 Prozent und wenig Aussicht auf Besserung ein Gebot der Stunde. Das „Geld-zurück-Paket“ soll breite Teile entlasten und die Teuerung besonders für Menschen mit niedrigen Einkommen rasch und unbürokratisch abfedern. Auch soll es eine Indexie-

rung von Sozialleistungen (hier gab es durchaus innerkoalitionäre Differenzen), 250 Euro Klimabonus für alle und die Verschiebung des Starts des CO₂-Preises auf Oktober geben.

Auch die Pensionisten werden berücksichtigt

Vulnerable Gruppen sollen nun Akuthilfe erhalten: Familienbeihilfe, Senkung von Steuerstufen. Es könnte also netto mehr übrig bleiben. Auch die Pensionist/innen werden berücksichtigt. Gestern forderte SPÖ-Klub-Vize Leichtfried 6% Erhöhung. Auch die Pensionistenvertreter Korosec (ÖVP) und Kostelka (SPÖ) hatten u. a. via „Krone“ einen dringenden Appell an die Regierung gerichtet. Forderungen von 2,4 Millionen Menschen kann man schwer ablehnen. C. Budin, E. Vogl

Platter hat jetzt genug von Politik

Anfeindungen wegen Corona, die VP-Skandale „nicht ausschlaggebend“

Dieser Juni hat's in sich: Das nächste ÖVP-Urgestein nach Hermann Schützenhöfer verlässt die Politik. Tirols LH Günther Platter will noch bis zur Landtagswahl im Herbst bleiben und seinen Wunschnachfolger Anton Mattle im Wahlkampf unterstützen. Die vergangenen Monate hätten ihn „nachdenklich gemacht“. Man habe gesehen, wie herausfordernd Politik sei. Platter sprach von Anfeindungen, Beleidigungen und Drohungen infolge der Corona-Politik. Die grünen Personalrochaden oder



Foto: Christof Birbaumer

LH Platter geht im Herbst

die ÖVP-Bundesaffären seien nicht ausschlaggebend für seine Entscheidung gewesen.

Der Letzte macht das Licht aus?

1 Die ÖVP kann sich ihre Rücktrittsserie natürlich schönreden. In normalen Zeiten wäre es wenig dramatisch, wenn ein Landeshauptmann mit 68 Jahren zurücktritt. Das haben der Tiroler Günther Platter sowie der 70-jährige Hermann Schützenhöfer in der Steiermark getan. Wilfried Haslauer „junior“, beider Partei- und Amtskollege in Salzburg, ist übrigens 66 Jahre alt.

2 Parallel dazu hat sich auf Bundesebene die halbe Regierungsmannschaft der ÖVP verabschiedet. Rund um das Ende der Ära von Kurz nämlich. Alles Corona, oder was? Wie Platter zu glauben, dass bloß die Pandemie und Russlands Kriegslust am schweren Stand von Regierungspolitikern schuld sind, grenzt an Realitätsverweigerung.

Die Analyse



PROF. PETER FILZMAIER

3 Weder im regionalen noch im nationalen Coronamanagement wurde „alles richtig gemacht“, wie sich das die Tiroler als Zitat eines längst zurückgetretenen Landesrats weiterhin einreden. Hinzu kommt, dass man für den Krieg nichts kann, jedoch sich auch im Kampf gegen die Teuerung als dessen Folge bisher keine Ruhmesblätter verdient.

4 Bei den baldigen Landtagswahlen in Tirol und Salzburg hält die ÖVP daher genauso wie in bundesweiten Umfragen bei hohen Verlusten. Clevere Parteistrategen

Regierung reagiert

Moment


CONNY BISCHOFBERGER

Herr Dr. Wlazny

Juxkandidat oder ernst zu nehmender Mitbewerber? Das fragten sich wohl viele, als Marko Pogo, Obmann der Bierpartei, gestern seine Kandidatur für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten bekannt gab. Es sei Zeit für einen Generationenwechsel, erklärte der Punkrock-Sänger und ehemalige Turnusarzt, wobei er den amtierenden Präsidenten frontal angriff. Wenn Leute das Land mit einem Selbstbedienungsladen verwechselten, dann müsse man sagen: „Jungs, die Party ist vorbei!“

Damit spricht er bestimmt nicht nur Biertrinkern aus der Seele. Politisch sieht er sich weder links noch rechts, sondern in der Mitte beheimatet: „Das ist auch der Platz an der Bar, der am nächsten zum Zapfhahn ist.“

Eine bsoffene Gschicht? Bei der Gemeinderatswahl in Wien holte die Bierpartei immerhin 1,8 Prozent der Wählerstimmen und zog in elf Bezirksparlamente ein. „Wo ein Wille, da Promille“ oder „Österreich zukunfts-fett machen!“ waren zwei von Marko Pogos provokant-verblödeten Slogans. Das Wahlversprechen des Simmeringer Neo-Bezirksrats: ein Bierbrunnen für jeden Bezirk.

13 bis 15 Prozent könnte die Kunstfigur Marko Pogo laut Meinungsforscher Christoph Haselmayer bei den Bundespräsidentenwahlen holen, sofern er die notwendigen 6000 Unterstützungserklärungen einsammeln kann. Sein Problem: Marko Pogo heißt mit bürgerlichem Namen Dr. Dominik Wlazny. Wer weiß? Vielleicht wird man sich diesen Namen wirklich noch merken müssen.



Foto: www.picturedesk.com

Mehr Geld im Börs? Die Regierung will ein umfassendes Entlastungspaket präsentieren.

hätten vielleicht gewollt, dass Platter vor seinem Abgang das unvermeidliche Minus selbst einfährt. Nun muss sein Nachfolger Anton Mattle den Neuanfang mit dem Image eines Verlierers angehen.

5 Womöglich ist Mattle bloß eine Übergangslösung, nur fehlen der ÖVP nun generell sowohl verdiente Landesfürsten als neue Wunderwuzzis. In Vorarlberg weiß Markus Wallner nicht, ob er nach dem Wirtschaftsbundskandal den nächsten Misstrauensantrag politisch überlebt. Einzig Johanna Mikl-Leitner sitzt in Niederösterreich fest im Sattel.

6 Im Bund hat man ein wenig das Gefühl, dass die ÖVP nach der Chataffäre schon fast alle Personallisten für Regierungssämter durch ist. Die besten Vertrauensdaten unter den von der ÖVP gestellten Ministern hat beziehungsweise Arbeits- und Wirtschaftsminister

Martin Kocher. Der ist ein Quereinsteiger aus der Wissenschaft und nicht einmal Parteimitglied.

7 Was die ÖVP in Tirol und anderen Ländern rettet: Egal, wie viel man verliert, für die Regierungsbildung ist eine Mehrparteieneinigung gegen die Schwarz-Türkisen kaum möglich. Dafür müssten sich SPÖ, Grüne und Neos mit der Tiroler Liste FRITZ, FPÖ oder gar MFG zusammentun. Derart bunte Allianzen von vier bis sechs Parteien sind für einzelne Abstimmungen denkbar, aber nicht als Koalition.

8 Das Problem für die ÖVP ist, dass die Sache bundespolitisch ganz anders aussieht. Für eine Mehrheit im Nationalrat geht sich nach aktuellem Umfragestand ein rot-grün-pinker Dreier aus. Die ÖVP könnte erstmals seit 1987, also nach 35 Jahren der Regierungsmacht, auf der Oppositionsbank landen.



Foto: www.picturedesk.com

NEUER KANDIDAT

Mit Dominik Wlazny alias Marco Pogo (35), Chef der Bierpartei, steht nun der nächste Kandidat für die Wahl zum Bundespräsidenten fest. Um es aber auf den Stimmzettel zu schaffen, muss der studierte Mediziner österreichweit 6000 Unterstützungserklärungen sammeln.